



# BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

## → TOP-ISSUES

### STUEHRHINTERZIEHUNG: ERWEITERTER INFORMATIONSAUSTAUSCH VEREINBART

In der vergangenen Woche war bekannt geworden, dass eine anonyme Quelle dem Internationalen Konsortium für Investigative Journalisten (ICIJ) in Washington einen Datensatz mit 2,5 Millionen vertraulichen Dokumenten aus zehn Steueroasen zukommen lassen hat. Nach Angaben der an der Auswertung beteiligten „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) und des Norddeutschen Rundfunks (NDR) lautete der Absender auf zwei Unternehmen, die für wohlhabende Privatpersonen weltweit Briefkastenfirmen und Trusts gründen. Die Dateien sollen detaillierte Informationen über 130.000 Anleger aus einem Zeitraum von 30 Jahren und aus mehr als 170 Ländern und über 12.000 sogenannte Finanzintermediäre (u. a. Anwälte, Treuhänder sowie Vermögens-, Bank- und Steuerberater) enthalten, die Geschäfte in zehn Steueroasen (u. a. Cookinseln, in Panama sowie auf den britischen Jungferninseln und in Luxemburg) vorgenommen haben. Hunderte von Deutschen sollen darunter sein. Das Bundesministerium der Finanzen hatte sodann die Erwartung geäußert, dass die Daten an die Behörden übermittelt würden. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

---

### NEUER GESETZENTWURF DER KOALITIONSFRAKTIONEN ZUR VERKÜRZUNG DER AUFBEWAHRUNGSFRISTEN SOWIE ZUR EINDÄMMUNG DER CASH-GMBHS

Vergangenen Mittwoch, den 10.04.2013 wurde der Fraktionsentwurf von CDU/CSU und FDP zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften vom Bundeskabinett beschlossen. Der Entwurf enthält im Wesentlichen Regelungen zum Bürokratieabbau, die infolge des Scheiterns der Verhandlungen zum Jahressteuergesetz 2013 (JStG 2013) im Vermittlungsausschuss im Dezember 2012 nicht weiter verfolgt wurden und auf die sich der Koalitionsausschuss am 21.03.2013 verständigt hatte. So ist die bereits im Zuge des Verfahrens zum JStG 2013 heiß umstrittene Regelung zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Unternehmen enthalten. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

---

## EDITORIAL

Liebe Leser,

Deutschland und vier weitere europäische Länder sind erneut Vorreiter beim Kampf gegen Steuerhinterziehung und -betrug. So soll der gegenseitige Informationsaustausch zwischen den Staaten auf Basis des im vergangenen Jahr mit den USA verabschiedeten Musterabkommens zur Verbesserung der Steuerehrlichkeit und Umsetzung des Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) optimiert und erleichtert werden. In einem Brief an die Europäische Kommission fordern die Länder weitere Mitgliedstaaten zur Teilnahme auf. Auf nationaler Ebene geht das Tazziehen um die Inhalte des Jahressteuergesetzes 2013 weiter. So werden die Koalitionsfraktionen ein neues Gesetz auf den Weg bringen, das insbesondere eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie Regelungen zur Vermeidung missbräuchlicher Cash-GmbHs enthält. Allerdings werden dem Gesetz nur geringe Chancen eingeräumt. Des Weiteren wurden die Einkommensteuer-Änderungsrichtlinien im Bundessteuerblatt veröffentlicht und die Gelangensbestätigung im Bundesrat beschlossen. Der Bundesfinanzhof hat zur Aufgabe des subjektiven Fehlerbegriffs hinsichtlich bilanzieller Rechtsfragen entschieden.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.  
Managing Director FinTax policy advice

## PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

## CONTENT

### → TOP-ISSUES ..... 1 – 6

Steuerhinterziehung: Erweiterter Informationsaustausch vereinbart

Neuer Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie zur Eindämmung der Cash-GmbHs

Veröffentlichung der Einkommensteuer-Änderungsrichtlinien 2012 im Bundessteuerblatt

Bundesrat stimmt Gelangensbestätigung und Alternativnachweisen zu

BFH: Aufgabe des subjektiven Fehlerbegriffs hinsichtlich bilanzieller Rechtsfragen

### → OUTGOING ..... 7 – 8 vom 08.04. bis 12.04.2013

Bundeskabinett beschließt Formulierungshilfe für den Entwurf eines Gesetzes zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

... sowie weitere Ergebnisse

### → STATUS ..... 9 – 15 vom 12.04.2013

NEU: Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes

Jahressteuergesetz 2013 der Länder

... sowie weitere Gesetze

### → UPCOMING ..... 16 – 17

#### → vom 15.04. bis 19.04.2013

**BUNDESTAG:** 234. Sitzung u. a. zum Gesetz zu dem Abkommen vom 03.04.2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Cookinseln über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch

**BUNDESRAT:** 894. Sitzung des Finanzausschusses u. a. zum Antrag des Landes Brandenburg zur Änderung des Einkommensteuergesetzes

**STAKEHOLDER:** Steuer-Symposium des BMF

## VERÖFFENTLICHUNG DER EINKOMMENSTEUER-ÄNDERUNGSRICHTLINIEN 2012 IM BUNDESSTEUERBLATT

Die Einkommensteuer-Änderungsrichtlinien 2012 (EStÄR 2012) wurden in der aktuellen Ausgabe des Bundessteuerblatts I (Nr. 5 v. 28.03.2013) veröffentlicht. Zuvor hatte das Kabinett am 20.03.2013 die noch ausstehende Zustimmung zu den EStÄR 2012 erteilt und den vom Bundesrat am 14.12.2012 beschlossenen Modifikationen zugestimmt (BID Steuerpolitik 2013.13).

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

---

## BUNDESRAT STIMMT GELANGENSBESTÄTIGUNG UND ALTERNATIVNACHWEISEN ZU

Der Bundesrat hat am 22.03.2013 erwartungsgemäß den neuen Regelungen zur Gelangensbestätigung sowie den Alternativnachweisen zur Erlangung der Umsatzsteuerfreiheit bei innergemeinschaftlichen Lieferungen zugestimmt. Somit wird die Änderung der Umsatzsteuereinführungsvorschriften (UStDV) am 01.10.2013 in Kraft treten. Enthalten sind neben der (nicht mehr ganz) neuen Gelangensbestätigung auch Vereinfachungen, die erst nach heftigen Protesten der betroffenen Unternehmen in die UStDV aufgenommen wurden. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

---

## BFH: AUFGABE DES SUBJEKTIVEN FEHLERBEGRIFFS HINSICHTLICH BILANZIELLER RECHTSFRAGEN

Eine Bilanz oder ein Bilanzansatz wurden nicht als „fehlerhaft“ (weil subjektiv richtig) qualifiziert, wenn die zugrunde liegende rechtliche Beurteilung im Zeitpunkt der Bilanzerstellung aus Sicht eines ordentlichen und gewissenhaften Kaufmanns vertretbar war. Die Finanzverwaltung war nach dieser Rechtsprechung an diese Bilanzierung selbst dann gebunden, wenn sich diese Beurteilung objektiv als fehlerhaft erwies. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

---

### DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

[www.fintax-pa.de](http://www.fintax-pa.de)

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN [mail@bid.ag](mailto:mail@bid.ag)



**PROBEABONNEMENT**

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔ .....

---

Unternehmen/Institution

---

Ansprechpartner

---

Funktion

---

Telefonnummer

---

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

**PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE**

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.bid.ag](http://www.bid.ag)

**REDAKTION**

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

**Dr. Sandra Busch-Janser**  
[sbj@bid.ag](mailto:sbj@bid.ag), 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

**für Energiepolitik:**  
Lillemor Ullrich, [lu@bid.ag](mailto:lu@bid.ag), -26

**für Gesundheitspolitik:**  
Roberta Wendt, [rw@bid.ag](mailto:rw@bid.ag), -27

**für Netzpolitik:**  
Aylin Ünal, [au@bid.ag](mailto:au@bid.ag), -25

**für Steuerpolitik:**  
Dr. Tanja Wiebe, [tw@bid.ag](mailto:tw@bid.ag), -20

**IMPRINT**

Herausgeber: polisphäre e.V.  
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin  
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

[berlin@polisphäre.eu](mailto:berlin@polisphäre.eu)  
[www.polisphäre.eu](http://www.polisphäre.eu)